

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Postämter 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsbüro Nr. 23 885 „Copialdruck-Verlag“ s. o. m. b. H. Berlin. Fernsprechnr. 23 887

Dienstag, den 12. Juli 1921

Bezugspreis: Die sozialistische Weltzeitung über dem Raum 0,50 Mk. monatlich 0,50 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen Familienanzeigen Beratung und Vermittlungsarbeiten 0,40 Mk. Werbung: Die Weltzeitung, Sozialisten über dem Raum um 10 Pfg. - Mk.

## Das Organ der Konterrevolution.

II.

Bei der Annahme des Ultimatums hatte die SPD. die Rolle des Garanten für die Durchführung der Entente-forderungen auf Kosten des Proletariats übernommen. Die SPD. in ihrer Rolle als kluge und arbeiterfreundliche Vertreterin der bürgerlichen Interessen sah, daß ein neuer Krieg den deutschen Kapitalismus bei seinem Mangel an Waffen in Gefahr bringen könnte und so entschloß sie sich, dem deutschen Kapital seinen Pakt mit dem Ententekapital zu erleichtern, indem sie die Garantie dafür übernahm, daß das Proletariat die Lasten tragen werde und die Herrschaft des Kapitals in Deutschland unangestastet bleibe. Der Aufbau der deutschen kapitalistischen Wirtschaft, Abwehr aller Feinde der Profitwirtschaft mit allen Mitteln war der Inhalt der sozialdemokratischen Politik in der Regierung Birth und im Reichstag.

Die Regierung Birth deckt durch eine pazifistische Attacke, durch Reden von Versöhnung und friedlicher Demokratie die Offensive der Konterrevolution gegen das Proletariat. Die SPD. nimmt direkt an dieser Regierung teil und spielt diese Sklavenhalterrolle so vollkommen, daß sie nicht einmal das arbeiterfreundliche Element in dieser Regierung bildet, wie selbst der Unabhängige Rosenfeld feststellt.

Dieser Sklavenhalterrolle entspricht die parlamentarische Taktik der SPD. Sie lehnte die Amnestie ab, stimmte der Errichtung der Sondergerichte zu, fand sich mit der Ueberprüfung der Sondergerichtsurteile nach Schifferscher Weiskardisternart ab, bewilligte Milliarden-geldentwässerungen an die Bourgeoisie, verweigerte die von der USPD. und USP. geforderten Summen für Invaliden, Wöchnerinnen usw. Sie förderte selbst gleich der Regierung Birth die Bewaffnung der Bourgeoisie durch ihren Dank an die ober-schlesischen heimattreuen Selbstschutzzorganisationen und durch ihre Beteuerungen der „verhältnismäßigen Ungefährlichkeit“ der bayerischen Selbstschutzzorganisationen.

Immer war die SPD. gezwungen, die Gesetzesvorlagen über das Getreideumlageverfahren abzulehnen und sich auch in einzelnen Steuerfragen gegen die Regierungsvorschläge zu wenden, aber dann sorgte sie ängstlich dafür, daß ihre Opposition auf den speziellen Fall beschränkt blieb und brachte die ganze Angelegenheit nicht vor die Massen.

Nach der vollkommenen Entlarvung des Justizministers Schiffer schickte auch die SPD. ihren Abgeordneten Radbruch zum Angriff gegen Schiffer vor. Als es aber dann zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum der USPD. kam und von der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion der weitere Verbleib oder das Ausschließen Schiffers aus der Regierung abhing, da gaben die Rechtssozialisten ihre Stimmen gegen den Willen eines Teiles selbst ihrer Fraktionsmitglieder, denen der Verrat denn doch zu weit ging — für das Verbleiben Schiffers ab. Beim bevorstehenden Kampf um die Verteilung der Lasten des Ultimatums wird die SPD. die Opposition nur soweit treiben, daß der Bestand der Regierung, vor allem aber der Bestand des Kapitals, dabei nicht in Frage gestellt werden. Die Frage der Verteilung der Lasten ist eine Frage der Macht. Will das Proletariat die Abwälzung der Lasten auf seine Schultern verhindern, so muß es den Machtapparat der Bourgeoisie zerbrechen, die Bourgeoisie entzweifeln und seinen eigenen Machtapparat aufbauen, seine eigene Bewaffnung durchführen. Dann aber wird es, von seinen Klassenbewußtesten und darum revolutionären Elementen geführt, zum völligen Sturz der kapitalistischen Herrschaft übergehen.

Was die Stärkung der Konterrevolution für das Proletariat bedeutet, sehen sie nicht und wollen sie nicht sehen. Draußen werden Tausende Kommunisten auf die bestialischste Weise ermordet und Tausende läßt man in Kerkern elend zugrunde gehen. Die Sozialdemokraten heißen das gut. Als aber im Parlament der Abg. Mittelmann zur Fortsetzung der kommunistischen Schlägereien auf-forderte, die Sozialdemokraten also nur mit einem un-verhüllten Reden, nicht handelnden Konterrevolutionär unmittelbar zusammenstießen, da wurden selbst sie gegen ihn mitgerissen und unterstützten den spontanen tatsächlichen Angriff des Kommunisten Kemele gegen diesen un-verhüllten Vertreter der Konterrevolution zusammen mit den unabhängigen und kommunistischen Abgeordneten. Die Proletariatsmassen werden noch tausendmal die Erfüllung des Wunsches Mittelmanns unmittelbar erleben: sie werden zum Kampfe gegen die Konterrevolution mitgerissen werden und kein Verständnis für ihre sich dagegen stemmenden Führer haben. Denn die SPD. ist durch ihre übernommene Aufgabe dazu gezwungen, immer weiter nach rechts zu gehen und sich selbst den um die nackte Existenz kämpfenden Arbeitern entgegenzustellen.

Die Regierungspolitik der USPD. wurde von Rosenfeld von Anfang an als Verrat an den Interessen des Proletariats bezeichnet und erforderte schärfsten Kampf gegen das Kabinett Birth-Bauer. Der linke Flügel blieb aber in der Minderheit. Die USPD. sieht die Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat und die Notwendigkeit des Kampfes um die Zerstückelung des bürgerlichen Machtapparates, womit aber der Kampf gegen die Regierung unlosbar verknüpft ist. Aber diese Regierung betreibt die von der USP. gemäße „linke“ Politik

## Die Mörder von Mont-Cenis.

Raum drei Wochen sind seit dem furchtbaren Gruben-unglück auf Mont Cenis verfloßen, die letzten Blumen des Massengrabes sind noch nicht verwelkt, die armen ge-quälten Vermundeten höhnen noch und wunden sich in Schmerzen. Die kapitalistische Welt ist an diesem Ereignis, das ja nur Arbeiter getroffen hat, fast achlos, ge-fühllos und mitteillos vorbeigehastet. Die Zehnerverwal-tung ist schamlos genug, in die Welt hinauszurufen, nicht sie, sondern die toten Opfer seien die Schuldigen an dem Unglück, es sei alles in Ordnung gewesen. Zu ihrem Ver-brechen häuft die Verwaltung skrupellos-höhnische Lügen. Von den Anklagen, die wir erhoben haben, heute lauter als vorher, ist nicht eine widerlegt worden. Im Gegen-teil! Täglich melden sich neue Zeugen mit immer neuen entsetzlicheren Beweismitteln.

Aus der Anklage eines alten Bergarbeiters von Mont Cenis bringen wir folgende Angaben:

„Die Berichte der Zehnerverwaltung und des Unter-suchungsausschusses sind nicht richtig! Nach meinen Erfah-rungen als alter langjähriger Bergmann war die Katastrophe eine Schlagwetterexplosion. Neben anderen Er-scheinungen will ich nur darauf hinweisen, daß die Leichen bei Schlagwetterexplosionen eine rötlich-schwarze Farbe annehmen und bei Kohlenstaubexplosionen eine kohlschwarze. Die Leichen hatten aber fast reines eine rötlich-schwarze Farbe! Man soll nur die Bergarbeiter fragen, die die giftigen Nachschwaden geschluckt haben und am Leben geblieben sind. Die wissen was verbrannte Schlagwetter und was Kohlenwetter sind.“

Damit wird die unverschämte Lüge von dem verbotenen Dynamitschuh hinfällig.

Die Zehnerverwaltung sollte frei dastehen, deshalb mußte ein Kumpel einen verbotenen Dynamitschuh gesetzt haben. Wenn der Vertreter der preussischen Bergverwaltung, Sachfeld, im Reichstag sagt, es seien Indizien da für einen Dynamit-schuh, dann wollen wir hundertmal mehr Indizien für die Schuld der Zeche bringen.

Schon wenn man an das Zechentor kommt, sieht man, wie gemitteltet wird. Alles liegt kunterbunt durcheinander, es wird gebaut und nach ein paar Tagen wieder abgerissen. Wenn man unter Tage aus dem Korb herauskommt, fängt die Lotterei gleich an. Die Leugnungen des Herrn Badlig sind geradezu schamlos.

Ist auf einer einzigen Sohle der Sicherheitsbranddamm rings um den Schacht in Ordnung? Sind die Türen zu jeder erforderlichen Zeit schließbar? Sind die nötigen Sicherheits-branddämme nach den Revieren, Ein- und Auszugswetter-strecken vorhanden? Sind die Fahrgänge im Stapel oder Fährschacht fahrbar? Sind die Verleselungsrohre da? — Alles nein! In allen Revieren fehlt es an diesen Rohren. Deshalb muß man sie sogar aus der Renage und der Ziegelei wegheben.

Ist Holz zum Verbauen da? — Nein. Ein Steiger schiebt es dem andern ab. Wehe dem Steiger der 50 oder 100 Meterlatten bei der Verwallung bestellen würde!

Dieses Sparen und Ansaufen ist es, was die Berg-leute von Mont Cenis in den Tod getrieben hat!

Durch das Sparen an Arbeitern, an Reparaturen und Material ist es so weit gekommen, daß fast jeder Tag Opfer, Tote und Verletzte fordert. Auch heute noch! Auf der Zeche ist trotz der Gefahren kein Wetterzeiger vor-handen. Es sind keine Verleselungsleute vor-handen. Auf Schacht I sind keine Fahrmeister (An-schläger) vorhanden. Nur über Tag ist einer da, ist die Selbst-fahrt vorbei, wird er zu anderer Arbeit verwanzt.

Weil die Anschläger fehlten, haben am Unglückstage die Bergleute, die sich zum Schacht gerettet hatten, kein Zeichen geben können.

mußten die giftigen Nachschwaden schlucken und wurden ins Krankenhaus geschafft. Wären die Anschläger unter Tage vorhanden gewesen, hätten sich alle unbeschädigt retten können. Sogar heute, nach dem Unfall, ist ja noch kein ständiger Anschläger da.

Die Förderwagen sind so schlecht, daß sie in kein Gleis passen, jeder Wagen braucht Extragleise. Der Hauptquerschlag ist so eng, daß, wenn Züge sich kreuzen, kein Mensch vorbeikann und dadurch schon viele überfahren wurden.

Und wie ist es mit schlagenden Wetter? Im Revier fünf, westlich im Gaskohlensloß Nr. 8, sind an 100 Kubikmeter vorhanden. Vor kurzer Zeit wurde diese Stelle abgedämmt, weil die Kohlen dort brannten, in unmittelbarer Nähe der dort angesammelten Wetter. In allen Revieren sind Schlagwetter vorhanden wenn die Putten (das sind Luftrohre) ein paar Meter zurückbleiben, haben sich sofort Schlagwetter angesammelt. Wenn nicht alle Vorkehrungs-maßregeln getroffen werden, haben wir in der nächsten Zeit eine Katastrophe von noch viel schrecklicherem Umfang als die letzte.

Unter den Bergarbeitern der nächsten und weiteren Um-bung ist Mont Cenis als „Mörderzeche“ bekannt. Die alten erfahrenen Bergarbeiter der Zeche

empfinden den Bericht der Untersuchungskommission als Beleidigung.

Die Zeche kann durch keine schänen Reden reingewaschen werden von ihrer Blutschuld auch wenn sie noch soviel Berichtigungen in die Welt hinauswendet. Und wenn sie skrupellos genug ist, unbecueme Zeugen zu maßregeln, dann werden nur wieder von neuem Arbeiter aufziehen, die gegen das fluchwürdige kapitalistische System protestieren, die nicht eher ruhen werden, bis ihre ermordeten Kameraden ge-rächt sind.“

Die von uns sofort nach dem Unglück gegen die Ze-chenverwaltung erhobenen Anklagen verdichten sich immer mehr. Gibt es einen schlagenderen und unwiderleachtli-chen Beweis für die Schuld des kapitalistischen Profit-systems, das sich auf Mont Cenis in Reinkultur entwickelt hat? Und da wagt man es, von der Schuld der Arbeiter-schaft zu sprechen! Die Arbeiter, nicht nur von Mont Cenis, sondern von allen Gruben, die von dem gleichen Schicksal bedroht sind, müssen zusammenstehen und in ein-heitlicher Front für eine

Untersuchung der grauenhaften Tatsachen unter Kontrolle der Arbeiterschaft und eine Bestrafung der wahrhaft Schuldigen eintreten.

Die Politik dem Ententeimperialismus gegenüber vor allem führte die USPD. zur vollkommenen Waffen-streckung gegenüber dem deutschen Kapitalismus. Der deutsche Kapitalismus ist nur ein Glied im Weltkapitalis-mus. Während die SPD. das deutsche kapitalistische Wirt-schaftssystem um seiner selbst willen, mit allen Mitteln stützt, wagt die USPD. keinen wirklichen Kampf gegen das deutsche Kapital, um nicht mit dessen Schützer, dem Ententekapital, in Kämpfe zu geraten. Die Waffen wer-den von der USPD. zum Kampfe, der über bloße Demon-strationen hinausgeht, nicht aufgerufen und selbst, wo sie schon in Fluß gekommen sind, wie nach dem Gareis-Mord, werden sie zurückgehalten. Es bleibt beim Wechsel zwischen parlamentarischer Opposition (Rosenfeld) und Unter-stützungspolitik (Breitscheid-Gruppen), wie es, nur in geringem Maße, auch die SPD. tut. Anstatt angeichts der schweren Situation — dem eventuellen, nicht sicheren, Kampfe mit dem Ententeimperialismus nach einem Siege des deutschen Proletariats über die deutsche Bourgeoisie — den Kampfesmut der deutschen Arbeiter zu stärken, schwächt man ihn mit allen Mitteln und rät ihnen zur Waffenstreckung.

Selbst der Kampf um die dringendsten Tagesin-teressen wird nur als Scheinkampf geführt. Nachdem die Regierung den Erwerbslosen ein paar belanglose Bettel-pfennige zugeworfen hat, von den 10 Forderungen nur einen kleinen Teil als leere Versprechungen aufgenommen hat, verkündet Dikmann den Sieg der sozialdemokrati-schen Taktik und die Erfüllung wesentlicher Punkte der 10 Forderungen.

In den innerpolitischen Kämpfen der nächsten Zeit wird die Scheidung innerhalb der Unabhängigen Partei vor sich gehen. Ein Teil wird, um allen Kämpfen mit dem deutschen Kapital und vor allem mit dem Ententekapital aus dem Wege zu gehen, den Weg zur SPD. und zur Unterstützung der bürgerlichen Herrschaft und ihrer Organe des Reichstags und der Regierung weiter gehen — der andere Teil muß über den Weg der revolutionären Innen-politik auch den Weg zur revolutionären Außenpolitik finden.

gegenüber dem Ententeimperialismus und wird von der USPD. deswegen unterstützt und gehalten. Dieselbe Re-gierung muß, um die Entente-forderungen im Sinne ihrer Auftraggeber, der deutschen Kapitalisten, zu erfüllen, die Offensive gegen die Arbeiter unterstützen und verdecken. Die Massen der unabhängigen Arbeiter bäumen sich da-gegen auf, daß eine solche Regierung — deren Vorschläge, übrigens, soweit sie innerpolitische und wirtschaftliche Maß-nahmen betreffen, von ihrer Partei beinahe ausnahmslos abgelehnt wurden, — von ihren Führern unterstützt wird. Während der rechte Flügel unter der Führung Breitschoids, der auch in erster Linie auf die Wiedervereinigung mit den Rechtssozialisten hinarbeitet, die Regierung der Re-gierungsstreue der Massen versichert, sagt Rosenfeld in un-versöhnlichem Gegensatz dazu den schärfsten Kampf an.

Breitscheid in seiner Reichs-tagsrede vom 1. Juli:

„Der Redner der Deutschen Volkspartei meinte, die Ar-beiterschaft wolle die Re-gierung kürzen. . . Wir denken nicht daran. In der Re-gierung sehen wir die Verkör-perung der Demokratie und des Republikanismus. . .“

Rosenfeld in seiner Reichs-tagsrede vom 23. Juni:

„Im Namen meiner Partei spreche ich dem Minister des Innern Gradnauer das schärf-ste Mißtrauen aus.“

Vom 5. Juli:

„Die Frage der Justiz ist eine Nachtfrage. Diese Nacht-frage wird nicht von dieser Regierung gelöst werden. Sie wird auch nicht vom Parla-ment, sondern außerhalb des Parlaments gelöst werden. (Hört, hört! rechts.) Sie wird nur durch die Massenkraft der Arbeiterschaft gelöst werden.“

Aber die „Freiheit“ zeigt an, daß die USPD. trotz alle-dem weiter bei ihrer Regierungspolitik zu bleiben ge-denkt. Die Folge dieser Unterstützungspolitik gegenüber der Regierung ist — die Koalitionspolitik. Es gibt keinen wesentlichen Unterschied mehr zwischen der Politik der Un-abhängigen und der Politik der Sozialdemokraten und die Wiedervereinigung dieser beiden Parteien ist nur eine Frage der Zeit.

# Einigungsstempel der USPD.

Das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt in der „Freiheit“ vom Sonnabend, den 9. Juli, einen Aufruf, betitelt: „Der Weg zur Einheit des Proletariats!“

Was sind die konkreten Absichten, die die USPD, die in letzter Zeit eine wütende Offensive gegen die Kommunisten führte, voranlassen, ihren Willen zur Einheit des Proletariats jetzt so stark zu betonen?

Seit langem schon, insbesondere seitdem die USPD, die Unterstützungspolitik gegenüber der deutschen Regierung betreibt, arbeitet der rechte Flügel der USPD, auf die Einigung mit der rechtssozialistischen Partei hin. Sonntag, den 3. Juli, fand in Leipzig eine Landeskonferenz der Rechtssozialisten des Freistaates Sachsen statt. Ein großer Teil der sachlichen rechtssozialistischen Führer sprach sich auf dieser Landeskonferenz für ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Demokraten und der Deutschen Volkspartei aus. Sie erklärten, daß die Ablehnung der Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei nur für das Reich und nicht für die Länder gelte, daß nur eine Voraussetzung für das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei geschaffen werden müsse: daß die monarchistische Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Republik stelle. Einstimmig aber wurde auf dieser Konferenz eine Resolution angenommen, in der der Wille zu einer völligen organisatorischen Wiedervereinigung mit der USPD, ausgesprochen wurde. Auf welchem Boden die Rechtssozialisten sich diese Wiedervereinigung vorstellen, ergibt sich klar daraus, daß auch die eifrigen rechtssozialistischen Vorkämpfer für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, dieser Resolution ihre Zustimmung gaben. Die „Freiheit“ vom 8. Juli 1921 stellt fest, daß die sachlichen Rechtssozialisten auf den Grund der Chemnitzer Richtung hin nur einen allgemein gehaltenen Wunsch nach Einigung zum Ausdruck gebracht, daß aber selbst die Chemnitzer-rechten Rechtssozialisten kein Programm aufzuweisen hätten, das eine Annäherung der Ansichten zeigte.

Die Rechtssozialisten haben in ihrer Politik der letzten Zeit wiederholt den Beweis dafür erbracht, daß sie in immer verstärktem Maße auf Seiten des Kapitals gegen das Proletariat zu kämpfen gewillt sind. Oft genug wurde das insbesondere von dem linken Flügel der USPD festgestellt. Die USPD, war gezwungen festzustellen, daß die Ablehnung der Annahme durch die SPD, ihre Sanktionierung der Sondergerichte, ihr Vertrauensvotum für den Minister der weissen Justiz Schiffer, ihre Beigerung im Reichstag Mittel zur Veränderung der Art der Arbeiterklasse zu gewähren, während sie den Willkürmaßnahmen an Industrielle und Agrarier ihre Zustimmung gaben, vollkommener Verrat an der Arbeiterklasse bedeuten und die USPD zum Kampfe gegen die konterrevolutionären Rechtssozialisten zwingen. Der Unabhängige Kosenfeld sagte im Reichstag, daß gegen den Sozialdemokraten Gradauer selbst der Chef der weissen Justiz Schiffer als ein Vorkämpfer der Rechte der Arbeiterschaft erscheine.

Jetzt will die USPD, die Wiedervereinigung mit derselben SPD, die sie selbst als Stütze der deutschen Konterrevolution bezeichnet haben. Schon erklärt sie sich in einem von einem Arbeiter mit der SPD in den Gemeinden- und Landes-Parlamenten für gegeben. Auch in der Reichspresse hält sie ein Zusammenarbeiten mit der SPD in den wichtigsten, die Lebensinteressen der Arbeiter berührenden Fragen für möglich.

Die „Freiheit“ gibt bekannt, daß die am Sonntag, den 10. Juli, ebenfalls in Leipzig zusammengetretene Landeskonferenz der USPD, Sachsen, sich für den Verlust von parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften mit den Rechtssozialisten erklären werde.

Wir stellen fest, daß ein solches Zusammenarbeiten der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit der rechtssozialistischen Partei einen weiteren Schritt der USPD zur vollkommener Aufgabe ihres eigenen Programms und ihrer Unterwerfung unter die SPD, bedeutet, was für die weitere Entwicklung der USPD, sehr weitgehende Folgen nach sich ziehen wird.

Wichtig ist, was der Aufruf der USPD, feststellt, daß die Kapitalisten geschlossen dastehen, um die Macht des Proletariats — wenn möglich — völlig zu zerstören. Wichtig ist die Feststellung, daß das Kapital um die Verdrängung der Arbeiterklasse unter gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit, sowie weiterer Entwertung der Arbeiter kämpft. Wichtig ist, daß die Bourgeoisie, um ihr Ziel zu erreichen, ihre bewährte Macht zur Unterdrückung jeder Abwehraktion der Arbeiter unverzüglich ausbauen. Wichtig ist aber auch und gerade das, was die USPD, nicht zu erkennen, ihre bewährte Macht auf Seiten des Kapitals gegen die Arbeiter stellen. Um die Interessen des Proletariats von dem Proletariat fernzuhalten und auf die Bourgeoisie zu weichen, ist es notwendig, daß das Proletariat die Macht in seine Hand nimmt, daß das Proletariat die Herrschaft des Kapitalismus bricht. Da die SPD, aber — schon gar nicht zu reden von der Regierung — den weiteren Bestand des kapitalistischen Systems der demokratischen Republik unter allen Umständen will, und zu diesem Zweck schon oft mit den brutalsten Mitteln der Gewalt gegen die Arbeiter aufgetreten ist und weiter gegen sie aufzutreten gedenkt, bedeutet der Wille zur Einigung mit dieser sozialdemokratischen Partei nichts anderes, als die Preisgabe der proletarischen Revolution.

Die Einheit der proletarischen Massen im revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse ist die Voraussetzung ihres Sieges. Die Einheit ist nur dann möglich für das Proletariat, wenn sie erfolgt auf Grund eines einheitlichen Willens, mit dem Kampf gegen die weitere Herabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats, zugleich auch den Kampf gegen das kapitalistische System in seinen Wurzeln, den Kampf gegen die Regierung, wie gegen jede andere den Kapitalismus stützende Regierung anzunehmen. Das allein ist der Weg, der das Proletariat vor der äußersten Not bewahren kann.

Da die USPD, den Weg zur Vereinheitlichung mit der sozialdemokratischen Partei findet, werden die Massen der unabhängigen und der rechtssozialistischen Partei um so schneller den Weg zur Einheit des Proletariats auf dem Boden des Kommunismus finden. Klarer werden die Allfälligen, Breitschilde usw. nach rechts, so werden die Massen der Unabhängigen um so schneller den Weg nach links einschlagen.

Die unabhängige Bekämpfung des Willens zur Einheit des Proletariats soll nur den Willen zur Einheit mit der rechtssozialistischen Partei betreffen.

Sollte sich aber die USPD mit der Tot zum Kampfe gegen die Bekämpfung des Proletariats bereit finden, so wird sie uns in den ersten Reihen der Kämpfenden sehen.

## Politische Uebersicht.

### Aufhebung der Immunität von kommunistischen Abgeordneten.

Die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schöler hat die Staatsanwaltschaft ermöglicht, weitere Anträge zur Aufhebung der Immunität von kommunistischen Abgeordneten zu stellen. In der Sachverständigen der Geschäftsordnungs-Kommission des Preussischen Landtags lagen Anträge auf Aufhebung der Immunität gegen nicht weniger als fünf kommunistische Abgeordnete vor.

Genosse Kunze war verantwortlich Redakteur unseres Kampfblätter Parteiblattes. Die Staatsanwaltschaft hat 2 Artikel, die in diesem Blatt erschienen sind, unter Anklage gestellt. Die Artikel fordern das Bündnis mit Sowjetrußland, den Kampf gegen die Orgel, den proletarischen Selbstschutz usw., d. h. sie sind nichts anderes als Einzelforderungen zum Programm unserer Partei. Auf die Märzkämpfe haben wir ganz wenige Artikel Bezug. Die Geschäftsordnungs-Kommission beschloß trotzdem, dem

## Anträge der Staatsanwaltschaft stattzugeben.

Gegen den Genossen Ziegler, der für das Breslauer Parteiblatt verantwortlich gezeichnet hat, lagen ebenfalls Anträge der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität vor. Die von ihm verantwortlich gezeichneten Artikel sind sämtlich nach der Märzaktion im April dieses Jahres erschienen. Diese Artikel enthalten ebenfalls allgemeine Ausführungen über unser kommunistisches Programm. Sie wenden sich gegen die Sonderjustiz und gegen die Sozialdemokratie. Ferner wird dem Genossen Ziegler auf Grund von Spitzelmaterial vorgeworfen, er habe sich an den Vorbereitungen eines hochverräterischen Unternehmens beteiligt. Dieses Spitzelmaterial lag nur im Auszuge vor. Die Staatsanwaltschaft hatte den Aktenband wohlweislich nicht mitgegeben. Trotzdem die Vertreter unserer Fraktion darauf hinwiesen, daß hier die Staatsanwaltschaft aus Furcht vor der Unglaubwürdigkeit ihres Materials dieses Material dem Landtage vorenthalten, beschloß die Geschäftsordnungs-Kommission auch in diesem Falle, dem Antrage der Staatsanwaltschaft stattzugeben.

Daß die Mehrheit der Geschäftsordnungs-Kommission bei ihren Beschlüssen durchaus parteiisch vorgeht, ergibt sich daraus, daß bei der Beratung eines Antrags auf Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den bürgerlichen Abgeordneten Kriebel die Geschäftsordnungs-Kommission überhaupt davon Abstand nahm, die Akten einzuforschen.

Zu Beginn der Sitzung wurde verhandelt über einen Antrag der Behörden auf Verfolgung unseres Genossen Rusch wegen angeblicher Kapitalverschlebung. Genosse Rusch hat vor einigen Monaten illegal die Grenze überschritten und 18 000 Mark bei sich gehabt, die für ein internationales Hilfskomitee für Kinder bestimmt waren. Dieses Geld hat Rusch dem Kinderhilfskomitee abgeliefert, was auch den Steuerbehörden bekannt und bestätigt worden ist. Rusch befand sich in Begleitung eines Holländers, der 72 000 Mark bei sich hatte, von denen der Holländer behauptete, daß er sie von Rusch erhalten habe. Der Berichterstatter, ein bürgerlicher Abgeordneter, beantragte, die Genehmigung zur Verfolgung von Rusch nicht zu erteilen. Die Geschäftsordnungs-Kommission beschloß, die Verfolgung über den Antrag auszuweisen, bis die Staatsanwaltschaft genauere Mitteilungen über die Vorgänge gemacht habe. Ein rechtssozialistischer Abgeordneter bestätigte, daß bei den Einkommensverhältnissen von Rusch es sich um keinen Fall um Privatgelder von Rusch handeln könne. Auch ein demokratischer Abgeordneter sprach die Vermutung aus, daß es sich um Gelder zu Parteizwecken oder gemeinnützigen Zwecken handeln müsse. Der Berichterstatter stellte schließlich an Hand des Gesetzes über Kapitalverschlebung fest, daß die Herüberführung von Papiergeld überhaupt nicht strafbar sei.

Wir geben diesen Fall ausführlich wieder, weil die reaktionäre Presse versuchen wird, aus dieser angeblichen Kapitalverschlebung durch einen kommunistischen Abgeordneten Kapital gegen unsere Partei zu schlagen. Tatsache zu verdeutlichen, daß die bürgerlichen Parteien bei rein politischen Vergehen von Kommunisten jetzt planmäßig die Immunität aufheben, um die verhassten Kommunisten los zu werden.

## Dr. Wirth als Wanderprediger.

Der neue Reichslangler legt seine Wanderpredigten fort. Am Freitag abend hat er in Breslau eine Satire gegeben. Nach eigenem Geständnis hat ihm das Herz mächtig gehobert, als er dahin fuhr. Er hatte Angst, daß ihm die Drogen und Selbstmordgedanken einen ununterbrochenen Empfang bereiten könnten. Der Jubel seiner Breslauer Rede ist die altbekannte Salve: „Wer vieles brinat wird jedem etwas bringen.“ Er dankte dem „Selbstmord“ für seine „opferfreudige“ Verteidigung der oberirdischen Heimat, bekehrte ihn, daß er schließlich konterrevolutionäre Absichten hege und betonte emphatisch: „Das Schicksal Oberirdiens ist das Schicksal Deutschlands“, und schloß ab, daß die Reichsregierung alles getan habe, um Oberirdien für Teutland zu retten. Dann kam er heftigst über die Wirkungen der Sanktionen im Rheinland und appellierte an das „warme Recht und die ewige Gerechtigkeit“. Schließlich machte er eine platonische Verbeugung vor dem Proletariat, lobte dessen „gewaltige“ große Arbeitswilligkeit und „Arbeitsfreudigkeit“ und predigte den „unerschütterlichen“ und die „Einigkeit des ganzen Volkes“ über alle weltlichen Meinungsverschiedenheiten hinweg.

Die kommunistische Presse hat an den Wirthsalmeinen natürlich nicht ausgesetzt, zumal sie in die Augen der Welt hinein schallt. Die Arbeitermassen drucken werden aber hoffentlich ein heftiges Echo haben für den wirklichen Inhalt und Zweck der Wirths'schen Kommuniqué. Sie wissen, daß dahinter nichts weiter steht, als der Wille des Kapitals, dessen Vertreter Dr. Wirth trotz aller robitalen Lüge ist, auch in Zukunft alle Leuten des kapitalistischen Niederrubens auf ihre schwachen Schultern zu wälzen. Und daraus werden sie der Partei Dr. Wirths die Fackel des Sturzes hiel und jeder nachfolgenden kapitalistischen Regierung und den Kampf um die Fittiche des Proletariats entgegenstellen.

## Eine neue Sanktionstriffl?

Die französischen Imperialisten suchen nach Vorwänden zur Verschärfung der Sanktionen. Die Verdächtige werden ihnen von der deutschen herrschenden Klasse reichlich geliefert. Sie die Prozesse der Sondergerichte, zeigen auch die Ereignisse in Leipzig, daß der Kriegszustand der wilhelminischen Zeit in der deutschen Militaristenklasse und in der deutschen Justizbeamtenwelt noch immer ausgebrochen steht. Daß diese Politik, wie die Verurteilung des General Stenger, in Deutschland möglich sind, beweist aufs neue die Solidarität der herrschenden in Deutschland mit der offenen Konterrevolution.

„Der Krieg“ beschäftigt sich mit dem Urteil des Reichsgerichts in Leipzig und legt die französische Regierung werde verächtlich über ihre Allüren und auch bei der deutschen Regierung gegen die Urteile protestieren und ein juristisches Verfahren anstrengen, das die englische Presse mit Recht als eine Farsche bezeichnet. Aber es gibt noch eine zweite Kontroverse, die die Sanktionen betrifft. Das ist die Beziehung der drei Fälle Löffler, Kührer und Dausberg. Da durch das Vergehen in Leipzig die Frage der Kriegsverbrechen nach immer ungelöst bleibt, werde es notwendig sein, den Hauptfall abzuschließen, an dem die drei Nebenfälle anknüpfen werden.

auf den Mannel an Materialien und Werkzeugen zurück. Zugeben mußte Herr Kruska, daß Gefangene zur Strafe angebunden wurden, weil „keine Arrestzellen“ da waren. Er leugnet aber, bei der Weihnachtsansprache im Hinblick auf das Waisensterben der Gefangenen gesagt zu haben: „Ich führe eben den Krieg auf meine Weise!“ Zwei französische Zeugen belegen die Generale schwer. Schwertränke sollen tagslang in Arrestzellen ohne jede ärztliche Behandlung geblieben sein. Man habe absichtlich die neuangekommenen stark verlaunten Massen unter die französischen Gefangenen gelegt, die dadurch ebenfalls schnell der Verlaunung und damit der Flecktyphusepidemie anheimfielen. Der Gulacher Professor W a r t n e r - S e n a bekundete, man habe die Krankheit nicht sofort erkannt, die Kranken lagen auf Brettern, zum Teil sogar in Zeltwagen. Für die Massen sei eine entsprechende Krankenstube nicht zu beschaffen gewesen. Niemand treffe ein Wort für den Ausbruch der Seuche.

Gegen 4 Uhr nachmittags verließen plötzlich die französischen Delegierten den Gerichtssaal, nahmen auch die französischen Zeugen mit und reisten unmittelbar darauf von Leipzig ab. Der Oberreichsanwalt erklärte, man werde trotzdem weiter verhandeln. Die Verhandlung soll heute morgen fortgesetzt werden.

Damit ist eine neue Sanktionstriffl geschaffen, die nach den französischen Presseäußerungen anlässlich des Freispruchs des General Stenger voraussehen war. Damit plagt aber auch die vorläufige Illusion Dr. Wirths und seiner menschewistischen Stützen, daß Frankreich in eine Aufhebung der Sanktionen im Rheinland willigen werde. Zweifellos sind die französischen Generale nicht weniger Verdröcker und Worbüben als ihre deutschen Kollegen. Daselbe System erzeugt eben überall dieselbe Verrohung und Niedertracht. Und genau wie die französische Patriotenklasse ihre angeprangerten Worbüben zu bedecken sucht, bemüht sich auch das deutsche Kurzwagen bei den feigenen Strafzettel für ihre Bestialitäten zu sichern. Die Arbeiter haben wie drüben sind aber in jedem Falle die Opfer ihrer Zwangsberrn. Und sie werden sie bleiben, solange sie sich ihrer nicht durch revolutionäre Taten entledigen und so die Möglichkeiten schaffen, um alle Kriegsverbrecher ohne Ausnahme ihrer wohlverdienten Strafe zuzuführen.

## Fortsetzung des Leipziger Prozesses ohne Ententebeilegung.

Dem denontrierten Ausbruch der französischen Delegation während der Verhandlung gegen die Kriegsverbrecher Kruska und v. Schod hat sich auch die belgische Delegation angeschlossen. Die Verhandlungsführung des Präsidiums gegen die deutschen Generale, die durch nachlässiges Aufsicht gegen eine ausgebrochene Flecktyphusepidemie im Lager Niederwehren den Tod von 3000 Kriegsgefangenen mitverschuldet haben und schon vorher der Freispruch des General Stenger sind für die französische herrschende Militaristenklasse ein billiger Vorwand einer verschärften Sanktionspolitik. Das Leipziger Verdict trotz der Abberufung der Delegationen und der französischen Zeugen die Verhandlungen fort. Es wurden heute die deutschen Zeugen vernommen, die durchweg die völlige Unschuld der deutschen Lagerkommandanten zu beweisen oder die vorhandenen großen Mängel in den Unterkunfts- und Gesundheitsverhältnissen des Lagers zu entschuldigen suchten.

Als erster Zeuge wird Panbeauter Hartmann aus Meiningen vernommen, der Inspektor des Gefangenenlagers war. Er gibt u. a. an, daß bis zum Eintreffen der Russen der Gesundheitszustand im Lager ein guter war (!). Generalmajor Kruska habe täglich das Lager bis in jeden Winkel inspiziert. Ueber die Tätigkeit der deutschen Ärzte berichtet der Zeuge, daß von den achtzehn deutschen Ärzten vierzehn bei der Bekämpfung des Flecktyphus erkrankten und vier gestorben sind. Von den sechzig fremden Ärzten sind nur zwei gestorben. Die sanitären und sonstigen Umstände im Lager waren die denkbar besten (!). Von der Ausrüstung des Generalmajors Kruska, er führe den Krieg auf seine Art, hat der Zeuge nichts gehört. Der nächste Zeuge, Oberleutnant a. D. Gerlach, ist selbst am Flecktyphus erkrankt gewesen. Er gibt Auskunft über die Beilegung der Opfer der Epidemie. Jeder tote erhielt einen Sarg. Der Zeuge gibt dann Auskunft über die Anlage und Einrichtung des Lagers. Obwohl die Russen in Massen ankommen, habe kein einziger im Frieden zu kampieren brauchen. Nach seiner festen Ueberzeugung könne Generalmajor Kruska die roten Neuerungen, die ihm von den Franzosen vorgeordnet werden, nicht gemacht haben. Stabsarzt Dr. Schulz aus Stabilm sagt aus: Die Gefangenentransporte überfüllten sich und es wurde daher von einem Personal eine übermenschliche Arbeit geleistet, damit das Lager in Ordnung kam. Durch die später erfolgte Vermischung der französischen- und russischen Gefangenen nahm die Seuchelage Anfang 1917 ansehnlich zu, obwohl alle Mittel zu ihrer Bekämpfung in Anwendung kamen. Der Zeuge wurde alsdann über die Tätigkeit der deutschen und französischen Ärzte vernommen.

Es wurden noch eine Reihe ärztliche „Autopsien“ als Zeugen und Sachverständige vernommen, die nicht genug des Lobes wunten für die denäbe vorbildlichen Zustände im Lager Niederwehren und die wie auf Verabredung die klägliche Auskunft geben, daß die deutschen Ärzte im Jahre 1915 kaum etwas gewußt hätten von den Erkennungs- und den Behandlungsmethoden des Flecktyphus!!

Außer dem gegenwärtig verhandelten Prozeß gegen die Generale Schod und Kruska stehen keine weiteren französische Fälle aus. Auch belgische Fälle werden vorläufig nicht zur Verhandlung kommen. Am nächsten Dienstag wird dagegen der englische Prozeß wegen der Verfertigung des Lagerzettels „Sandorcy castle“ zur Verhandlung kommen. Dazu sind englische Vertreter und Zeugen angemeldet. Seitens der deutschen zuständigen Stelle ist London benachrichtigt worden, daß die Verhandlungen weitergehen. Man rechnet demgegenüber mit dem Erscheinen der englischen Prozeßteilnehmer in Leipzig.

Die vom Nationalismus genährte Justizkomodie in Leipzig hat eben Schluß genommen. Die siegreichen Kriegsverbrecher der Entente brauchen den Beweis der Schuld der unterlegenen deutschen Militaristen, um sich von ihrer eigenen Schande reinzuwaschen. Deshalb können sie es nicht dulden, daß die Richter der deutschen Bourgeoisie die Prozesse gegen die mordenden Generale zu Quationen für „Vaterlandsretter“ umgestalten. Die französischen Militaristen wünschen nicht, daß sich der Senatspräsident „nur von juristischen Gesichtspunkten leiten läßt“, sie brauchen die Kriegs- und Verbrechenprozesse zur Unterhaltung des französischen Nationalismus und Imperialismus, dessen gierige Arme bereits über den Rhein reichen.

Das Proletariat kann aus diesen farbigen Prozessen erleben, wie innerlich der kapitalistische Gesellschaftsordnung sowohl es selbst als auch die bürgerlichen Wissenschaften zu nichts anderem verdrängt werden als zum Vorkamp in dem Kampfe der verschiedenen nationalistischen und imperialistischen Interesses-Gruppen um die Verteilung der Ausbeutungsphären.

Was zu erwarten war ist erfolgt: SPD, meldet: Paris, 9. Juli. Das Reichsgericht hat die beiden Generale v. Schod und v. Kruska freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden auf die Staatskasse übernommen.

## Wieder ein Kommunist „auf der Flucht erschossen“.

### Der Staatsanwalt schüßt den Mörder.

Der Ortsvorsteher von Klottermannseld Paul Müller war Mitglied der USPD, und Leiter des Landarbeiterverbandes. In den Märztagen wurde er als Mitglied der kommunistischen Parteileitung in den Aktionsauschuß für Klottermannseld gewählt. Müller bemog die bewaffneten Arbeiter, den Ort zu verlassen, damit nicht im Ort selbst Zusammenkünfte zwischen der Gasse und dem Reichsrat stattfinden könnten. Müller ging selbst der Gasse entgegen

und unterrichtete den Hauptmann der Sippe über den Abzug der bewaffneten Arbeiter. Müller wurde trotzdem verhaftet, dann aber freigelassen. Als man mehrfach nach ihm suchte, begab er sich freiwillig zum Kommando der Sippe und wurde dann mit den übrigen Festgenommenen nach dem Hotel „Duitscher Kaiser“ abgeführt. Obgleich Müller weder an den Kämpfen teilgenommen hatte und ihm auch sonst nichts nachgewiesen war, hatte er während seiner Zeit unter Misshandlungen und Verleumdungen durch die Sippe zu leiden. Am 9. Uhr abends wurde Genosse Müller abgeholt, um angeblich wieder in Einzelhaft gebracht zu werden. Am nächsten Morgen fand man ihn, umgeben von 50 Mann vom Dorfe entfernt, erschossen auf der Chaussee liegen. Der Kommandeur der Sippe wollte von dem Tode Müllers nichts wissen. Eine Beschwerde an den Oberstaatsanwalt in Halle hatte nur die Antwort zur Folge, daß Müller höchstwahrscheinlich auf der Flucht erschossen worden ist. Der Schutzpolizeibeamte gibt an, daß er nach der Frucht in der Richtung auf Müller geschossen, ihn aber nicht mehr gefunden hat.

Die Angaben der Oberstaatsanwaltschaft sind offensichtlich falsch. Es liegt unzweifelhaft ein Mord vor. Da Genosse Müller auf der Chaussee liegend vorgefunden wurde, ist die Aussage des Schutzpolizeibeamten, er habe Müller nicht mehr auffinden können, völlig unglaubwürdig. Der Schutz muß auf ganz kurze Entfernung abgegeben worden sein, da der eine Schuß sofort tödlich war. Genosse Müller kann auch gar nicht geflohen sein, da sich dann Spuren auf der Straße hätten finden müssen. Genosse Müller ist offenbar ganz ahnungslos und ruhig gegangen und infolge des einen tödlichen Schusses sofort zusammengeknickt. Auch die Veranlassung des Tots kann nur durch den begleitenden Schupobeamten oder jedenfalls mit seiner Duldung erfolgt sein.

Die Staatsanwaltschaft stellt sich auch in diesem Falle auf die Seite der Mörder. Wenn es sich nicht um Kommunisten handelte, würde gegen die Mordverdächtigen natürlich ganz anders vorgegangen werden.

## Musland.

### Eine Note der Sowjetregierung an die polnische Regierung.

Moskau, 6. Juli.  
Der Volkskommissar des Äußeren, Litwinski, hat am 4. Juli eine Note folgenden Inhaltes an den polnischen Minister des Äußeren gerichtet:

Die russische Regierung konstatiert, daß die Bestimmung des Artikels 5 des Rigaer Vertrages, laut welchem beide Vertragschließenden sich verpflichteten, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates zu enthalten, von der polnischen Regierung von Anfang an nicht eingehalten worden ist. Die polnische Regierung beteiligt sich aktiv an solchen Aktionen, welche die polnische Regierung feierlich versprochen hat, zu verhindern.

Die Note weist darauf hin, daß in Warschau Rußland feindliche gegenrevolutionäre Organisationen existieren, an deren Spitze Sawinkow steht. Diese Organisationen sind das russische politische Komitee und das russische Kooperationskomitee. Beide Organisationen organisieren mit offizieller Unterstützung der polnischen Regierung Verschwörungen und bereiten Aufstände vor. Unter aktiver Beihilfe der polnischen Regierung haben sie die Grenzen überschritten und in Rußland eine Organisation geschaffen, die den Namen „Nationalverband der Verteidigung der Heimat und Freiheit“ trägt. Diese Organisation wird unter den russischen Bürgern Propaganda und organisiert in den Westgebieten Banden. Eine ganze Reihe von Tatsachen und offiziellen Dokumenten hat die Verbindung aller dieser Organisationen mit dem polnischen Generalstab erwiesen, in der Person der Adjutanten des Kriegsministers Obersten Grafen Sologub, des Majors Bed und anderer. Die polnische Regierung hat 50 Millionen Mark zur Unterstützung dieser Sawinkowischen Organisation ausgegeben.

In Sowjetrußland sind alle diese gegenrevolutionären Organisationen liquidiert worden. Der Ursprung dieser Organisationen ist aber in Polen zu suchen. Die polnische Regierung unterstützt auch das gegenrevolutionäre weißrussische Komitee in Warschau, Petljura, Gailorow, die gegenrevolutionären Kofaten und andere feindliche Sowjetrußlands. Die Note fordert die Auflösung aller Armeen, die zum Kampf gegen Sowjetrußland gebildet wurden, die Durchführung energischer Maßnahmen zur tatsächlichen Internierung der Balachowitsch- und Petljura-Armeen und die Ausweisung der Brüder Saminkow, Pjilosophows, Odineg und der anderen Mitglieder des russischen politischen Komitees, Bulak-Balachowitsch, Beremynins, Wassiljews, Nefrusas, Tjutjums, des Hetmans Estrak und anderer ukrainischer Gegenrevolutionäre aus Polen. Auch die weißrussischen Gegenrevolutionäre sollen ausgewiesen werden. Die Note fordert ferner die Bildung einer gemischten russisch-polnischen Kommission, an der Vertreter der ukrainischen und weißrussischen Sowjetrepubliken teilnehmen sollen, deren Aufgabe die Aufstellung einer Liste jener Personen, die außer den hier angeführten Personen der Ausweisung unterliegen, und die Kontrolle darüber, ob diese Maßnahmen durchgeführt werden, sein soll. Die Note fordert die Befristung jener Beamten und polnischen Bürger, die sich der Unterstützung der genannten gegenrevolutionären Gruppen schuldig gemacht haben.

## Die Krise des Weltkapitalismus.

### Rede des Genossen Trotski auf dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale.

(Erste Fortsetzung.)

Auf die gleiche Weise ist Japan gewachsen. Es hat auch den Krieg zur Erweiterung seines Anteils am Weltmarkt benutzt, seine Entwicklung aber ist ungleichmäßig geringer als die der Vereinigten Staaten und trägt in einigen Industriezweigen Treibhauscharakter. Man muß aber bemerken, daß die Kohlenproduktion um 6 Prozent gestiegen ist. Dieses Anwachsen der Industrie war in Japan von einem richtigen Wachstum der Arbeitermassen begleitet. Die Zahl der Arbeiter beträgt gegenwärtig 24 Millionen, wovon zwölf Prozent gewerkschaftlich organisiert sind.

Vorher ich weitergehe, will ich noch eine Bemerkung über Rußland machen, über welches Genosse Lenin einen Spezialbericht halten wird. Die bürgerlichen Politiker und Volkswirtschaftler können sagen, daß sich auch die Wirtschaft Rußlands während des Krieges nicht gebessert hat. Minister Tule hat in seinem Briefe an den nicht unbekanntem Herrn Gompers bezüglich der Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Rußland erklärt, daß dafür keine Aussichten in der Zukunft bestehen, da Rußland eine „gigantische wirtschaftliche Wüste“ ist. Er weist noch darauf hin, daß der Verfall der russischen Industrie weder durch Blockade, noch die Mobilisierung bedingt ist, die Mobilisierung, die durch den Bürgerkrieg veranlaßt wurde und bedeutend kleiner war als vor der Kriegserklärung der Bolschewiki. Ich kann gewiß jetzt nicht, wo die Demobilisierung im vollen Gange ist, genaue Ziffern über die am Bürgerkrieg Beteiligten angeben, ich kann nur bemerken, daß beide Mobilisierungen durchaus falsch sind. Einerseits war die Rote Armee zur Zeit der höchsten Präfekturstellung einige Millionen Menschen stark, von denen ein Viertel qualifizierte Arbeiter waren, was doch gewiß auf die Schwächung der Industrie einwirken mußte, andererseits haben mir meine Freunde in liebenswürdiger Weise ein Verzeichnis der Gegenstände gegeben, die niemals in Rußland erzeugt, sondern immer aus England und Deutschland eingeführt wurden und ohne die eine ganze Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft, und zwar die wichtigsten, nicht normal funktionieren konnten. Hierzu kommen noch zahlreiche Hilfsmittel und Zubehör für die Kohlen-, Textil-, Metall- und Papierindustrie. Wenn wir sie hätten, könnte die russische Industrie in der kürzesten Zeit im vollen Tempo arbeiten und es wären alle Voraussetzungen gegeben, um die Produktion der Friedenszeit zu erreichen. So hatte die Blockade keinen Einfluß auf die Lage der russischen Industrie und so fehlen die Aussichten für die Erneuerung der Handelsbeziehungen mit ihr.

Wenn wir die Weltlage charakterisieren, so müssen wir zugeben, daß der Aufschwung und die Belebung der Industrie, die im Herbst des Jahres 1919 zu bemerken waren, nur ein imaginäres, scheinbares Anwachsen der Volkswirtschaft waren. Die Periode des Aufschwunges nach dem vierjährigen Krieg, die Demobilisierung und der Übergang vom Krieg zu Verhältnissen der Friedenszeit mit der durch den Krieg hervorgerufenen Krise im Gefolge, die Erschöpfung und das Chaos wurden, wie es schien, nach einigen Monaten nach dem Krieg durch den industriellen Aufschwung abgelöst. Die Industrie langte fast vollständig bei demobilisierten Arbeiter auf und der Arbeitslohn, wenn er auch hinter dem Steigen der Lebensmittelpreise zurückblieb, ist trotzdem gestiegen und schuf die Aussicht auf eine wirtschaftliche Existenz. Diese günstige Konjunktur in den Jahren 1919 und 1920, die die strenge Nachkriegsperiode hinderte, bedingte eine Zunahme des Selbstvertrauens der Bourgeoisie und warf die Frage einer neuen Organisationsperiode der kapitalistischen Entwicklung auf. Der Aufschwung im Jahre 1919 und 1920 war aber nicht der Beginn der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern nur das imaginäre Aufblühen, wie der Krieg es geschaffen hatte. Der Krieg schuf einen fast unbegrenzten Markt für die wichtigsten Industriezweige, die übrigens noch vollständig vor der Konkurrenz geschützt waren. Die Produktion von Produktionsmitteln wurde ersetzt durch die Produktion von Konsumgütern.

Wenn auf diese Weise durch die Belebung der Börsentätigkeit, das Steigen der Preise, die ungewöhnliche Höhe der Spekulation der Schein von günstigen Verhältnissen in den Jahren 1919 und 1920 geschaffen wurde, so gab

#### der Zustand der Industrie

ein klares Bild von der Illusion dieses Aufschwunges. Im östlichen, westlichen und südlichen Europa fiel die Industrie, in Frankreich blühte sie infolge der Blinderung Deutschlands auf, in England herrschte Stillstand und sogar ein gewisser Rückschritt. Man muß deshalb feststellen, daß in Europa die günstigen Bedingungen für die Industrie fehlen und auch in Amerika nur teilweise vorhanden sind. Das Steigen der Preise, das Anwachsen der Gewinne, die wüstenhafte Spekulation und das Fallen der europäischen Wäute gegenüber der amerikanischen, das, was die Nachkriegskonjunktur als eine rein spekulative darstellt, wie Gen. Baraga sagt, alles dies ist in Deutsch-

land am besten zu beobachten. Diese günstige Situation ist nicht anders, als die Konjunktur des Ausverkaufes. Die Welle des Nationalvertrauens weht zu lächerlichen Preisen ins Ausland verfaßt. Und die Folge dieser imaginären Konjunktur war auf wirtschaftlichem Gebiete ein weiteres Anwachsen der Papiergeldflut und eine weitere Verlegung des wirtschaftlichen Schwerpunktes nach den Vereinigten Staaten, auf politischem Gebiete aber die zeitliche Retardation der kapitalistischen Staaten. Bedeutet aber eine ähnliche Konjunktur nicht den Beginn einer neuen Organisationsperiode des Kapitalismus? Dieser Ansicht neigten einige Genossen zu, die sich dabei auf Bismarck aus England und Marx beziehen, die sie über die Revolution des Jahres 1848 als Solaceerscheinung der Krise im Jahre 1847, und über die Reaktion der folgenden Jahre, als dem Ergebnis des industriellen, kapitalistischen Aufschwunges der Jahre 1850 und 1851, gemacht hatten. Das Wesen der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist durchaus nicht mit dem Wechsel der Krisen, des Auf und Nieder in der industriellen Entwicklung erschöpft. Dieser Wechsel ist nur die Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses. Sein Wesen besteht darin, daß er in der resultierenden Kurve dieser Entwicklung verläuft. Die Schwankungen selbst bilden die unvermeidliche Begleiterscheinung jeder wirtschaftlichen Entwicklung, sowohl bei einem ununterbrochenen Aufschwung als auch bei einem Stillstand oder sogar Verfall.

Wenn die Resultate dieser Schwankungen eine ansteigende Kurve ist, so haben wir es, trotz aller Abwärtsbewegung, mit einem ununterbrochenen industriellen Aufschwung zu tun. Das Wesen der Frage im gegenwärtigen Augenblick besteht darin, daß die Analyse der industriellen Entwicklung der letzten fünfzig Jahre eine ansteigende Kurve bis zum Krieg und eine fallende Kurve nach dem Krieg ergibt, trotz des Wechsels zeitlicher Krisen und Aufstiege, trotz der Abweichungen nach dieser oder jener Seite, sowohl im ersten als auch im zweiten Fall. Aus diesem Grunde darf die gegenwärtige Epoche nicht als eine Epoche einer organischen Entwicklung des Kapitalismus betrachtet werden. Die fortwährende Krise begann gerade in jenen Ländern, wo die Industrie die lebhafteste Entwicklung zeigte. Japan und nach ihm Amerika wurden als erste von dieser Krise heimgesucht. Das Sinken der Kaufkraft Europas, seine vollständige Verschuldung an die Vereinigten Staaten waren die erste äußere Ursache dieser Krise. Die treibhausartige Entwicklung Japans konnte nicht lange anhalten. Der Weltmarkt erwies sich vollständig desorganisiert.

Es kann sich die Frage aufdrängen, ob diese Krise nicht durch eine neue Epoche einer günstigen Konjunktur der industriellen Entwicklung abgelöst werden kann, ob dies dann nicht den Beginn einer organischen Periode bedeuten wird, ob dies dann nicht bedeutet wird, daß die Revolution auf lange Jahre verschoben ist? Diese Wechselbeziehung zwischen Jahren der Blüte und solchen des Rückganges der Industrie und der Revolution im allgemeinen darf nicht als unbedingte Notwendigkeit angesehen werden. (Fortsetzung folgt.)

## Mus der Partei.

### Bezirksauschuß Mecklenburg-Lübeck fordert den Ausschluß der Levi-Gruppe.

Der Bezirksauschuß Mecklenburg-Lübeck hat in seiner Konferenz nach ausführlicher Diskussion über die politische Lage, insbesondere die Aktion des „Offenen Briefes“, sich auch mit den inneren Verhältnissen in der Partei beschäftigt. Wie Einmütigkeit über die Taktik in der gegenwärtigen politischen Situation herrschte, so wurde auch einstimmig zu diesem Punkt folgende Resolution angenommen:

„Angeichts der augenblicklichen politischen Situation, der Zuspitzung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft auf Grund der Auswirkung des Entente-Ultimatums, ist es notwendig, daß die W.P.D. eine ungewöhnlich klare Haltung einnimmt zu allen Fragen, die das Gesamtproletariat interessieren. Nur so ist sie in der Lage, die Arbeiterschaft in ihren unausbleiblichen Kämpfen zu führen. Trotzdem die Masse der Parteimitglieder sich in überwältigender Mehrheit zu der mit der Märzaktion eingeleiteten aktiv revolutionären Politik bekannt hat, hält sich eine kleine Gruppe opportunistischer Führer nicht an die Beschlüsse der Partei und versucht weiter, offen und verdeckt, ihre eigene Politik zu treiben und die Politik der Gesamtpartei zu durchkreuzen. Dieses parteischädigende Verhalten nimmt immer mehr die Formen des offenen Verrats an.

Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. — Ihm ist jedoch nicht abzuhelfen, durch irgend welche Erklärungen, sondern einzig und allein durch die rücksichtslose Entfernung solcher Parteischädlinge.

Der Bezirksauschuß Mecklenburg-Lübeck brandmarkt besonders die Mitarbeit an der letzten Zeitschrift „Sowjet“ (häufig „Unser Weg“) und die mit Levi kollaborierenden Reichstagsabgeordneten als solche Parteischädlinge. Er fordert die Zentrale deshalb auf, diesen Führerkriegel aus Levi sofort aus der Partei auszuschließen.“

## Arbeitsfriede.

Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Ratencse 1921.

Denn Hans hat seine Hand auf die schwarzen Haarsträhnen gelegt und streift sie, noch unsicher. Vergibt er sich nicht, werden sie nicht brennen. — Und dann hat er noch mehr Zutrauen und drückt einen Kuß drauf. Na also. Sie hebt den Kopf, noch widerstrebend, wird gehoben unterm Kinn und dann steht sie den Hans an wie der gerade eine neue dicke Krone in ihrem Lauf einfallen will. Hans sieht, wie die grauen und grünen Augen groß werden und schwimmen und schillern und dann leuchten — den ganzen Menschen bringen sie dar: Nimm ihn in Menschlichkeit, und Hans fühlt sich sehr klein. Und das Gleichgewicht kehrt wieder, indem man findet, daß es nicht geschwunden war. Dann sehen sie sich wieder zusammen auf die Bank und kitzeln sich. Freude im Herzen, und die Worte sind gleichgültig.

Wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt. Dann soll einer keinen Frieden haben, sagen die Leute. Das ist aber irrig. Meistens liegen die Dinge anders. Denn die bösen Nachbarn fallen ja auch nicht vom Himmel, sondern es ist oft so, daß man sich die bösen Nachbarn züchtet, auch wenn man glaubt, im Recht zu sein.

Hans Merkel verstand sich mit den Leuten nicht. Er sprach fast nie mit ihnen, ging sogar mißtrauisch, wenn es manchmal nicht zu umgehen schien. Vielleicht hätten die andern gesagt, er sei ein Scheißer, wenn sein Benehmen nicht so herausfordernd gewesen wäre. Dafür zog er sich aber gerade ihre Bosheit zu. Boshafte Menschen können einen furchtbar quälen, gerade wenn der ganz für sich sein und Ruhe haben will. Ich weiß nicht, ob jemand nur zu seinem Vergnügen boshaft ist. Der Boshafte will doch etwas damit, es spricht etwas aus ihm heraus, eine Bittere, eine Sehnsucht, ein Leid. Darum fordert er Antwort und heißt sich darin fest, und es wird alles mißgestaltet, wenn das Leben äußerlich ungehört weitergeht. Hans ging den Nachbarn aus dem Wege, und diese verläumten keine Gelegenheit, ihn das fühlen zu lassen, auf ihre Art, verächtlich.

Hans war mit sich selbst unzufrieden. Er hatte keine Ruhe, was er auch anfangen mochte. Er stammte aus einer kleinen Kreisstadt, mehr ein großes Dorf, das ein paar Fabriktreibe in der Nähe hatte. Der Vater war dort Arbeiter gewesen und dann noch einem Unfall Hörtner geworden. Hans als Försternsohn nahm von Anfang an eine Doppelstellung ein. Der Vater nahm Aufträge nebenbei an, betam auch Förstern, so daß er sich nicht besser stand wie ein Arbeiter. Hans wachte Hans mit den

Kindern der Beamten, die im Verwaltungsgebäude wohnten. Er lernte daher nichts, was ihm als Arbeiter hätte nützlich sein können, sondern wollte Bäder werden. Da er im Ort blieb, vergingen die Jahre schnell und ohne besondere Ereignisse. Er gewann ein paar Kameraden, die auf den Techniker hinauswollten und zeichneten und auch Hans machte das besondere Vergnügen. Dann fiel dabei der Haushalt auseinander, als die Mutter starb, und Hans ging auf Wanderschaft. In den großen Städten sieht aber das Bäderspielen anders aus als im Dorf. Daran hatte er nicht gedacht, er wechselte oft, suchte vergebens nach den kleinen selbständigen Verhältnissen, die er gewohnt war, lernte noch etwas Koch zu, als er einmal in einem der Nischenhotels in Stellung war und damals schon den Plan gefaßt hatte, die Bäderlei über Bord zu werfen und zur See zu gehen. Es dauerte auch gar nicht lange, da fuhr er auf dem Lloyd, erst als Konditor, dann als Verpflegungsteward, wobei er eine Menge Geld verdiente. Da begann er auch Geld auszugeben und das Leben von der leichten Seite zu nehmen. Die Patronen und Birte von Hoboken, Antwerpen, Hamburg und Boston wurden gute Freunde und Hans schwamm im lustigen Leben, wenngleich er auch meist zum Narren gehalten wurde. Denn er blieb ein sehr schwerer Bursche, der froh war, wenn er genug gelassen hatte, daß er voll war und man ihn in Ruhe ließ. Dann verlor er mehreremals schnell hintereinander Chancen, ein Verpflegungsteward kann sich bei den üblichen Schiedungen und Schmiergeldern nie lange halten, vor allem wenn der Dampf viel Mannschafftswechsel hat, so daß der Ruf in die Brüche ging und damit auch der Kredit und der Spaß, ihn zum besten zu halten und zu rupfen. Es mußte rasch zugegriffen werden. Hans arbeitete eine Zeitlang im Hafen, fuhr zwischendurch auf kleinen Rähnen als Koch, aber mit einer solchen Unruhe in den Knochen, daß er nicht mehr hochkam. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht der Krieg einen dicken Strich darunter gemacht hätte. Hans war gerade im Lande, und war gar nicht mal besonders unglücklich. Eine andere Luft mußte für ihn kommen. Ich glaube sogar, daß es damals fast allen Menschen so gegangen ist. Ob Krieg oder nicht, das war nicht so wesentlich wie die Explosion dieser drückenden Atmosphäre die das Proletariat hätte zum Erwachen bringen müssen, statt den brauen Spießbürger. Aber trotzdem kehrte dieser Umweg notwendig und in mancher Hinsicht gut gewesen zu sein. Hans wurde also gleich eingezogen, das heißt, er medelte sich selbst. Es verging fast ein Jahr mit den Juteilungen und Ausbädungen, denn Hans war einer Marinetruppe überwiesen, bis er schließlich doch als Infanterist ins Feld kam. Jetzt sah er allerdings schon die Sache mit andern Augen an hatte sich auch einen innern Halt mehr gegeben. Er brachte sich drüben bei der ersten Gelegenheit einen Heiratsschlag bei, den er auch in langsamem Bewußtsein, daß er auch die ganze übrige Zeit des Krieges über meistens

reklamiert blieb. Denn er hatte das Zeichen wieder aufgesperrt und zeichnete in den Patent- und Industriebüros. Schließlich schon ein paar Monate in der Konstruktionsabteilung einer Großfirma. Das Auskommen schien gesichert. Inzwischen hatte er das nachgeholt, was er so eigentlich durch seine Fahrten hinausgeschoben hatte. Mit sich selbst innerlich etwas zu Rande zu kommen und sich auf beide Beine zu stellen oder wie man sagt, das Leben zu nehmen wie es ist. Von den Frauen hatte er eine nur sehr beschränkte Vorstellung gehabt. Von denjenigen, die er zu Haus gesehen hatte und denen in den Salons eigentlich die einzigen, die er wirklich kannte, war doch ein weiter Abstand. Ichien es ihm, und sie interessierten ihn nicht eben besonders. Dahin schloß er sich immer mehr ab, und las ganze Nächte lang und beschäftigte sich auch mit politischen Fragen. Denn manches kam ihm wie eine Offenbarung vor. Er hatte trotz allem von der Welt genug gesehen, um sich ein Urteil bilden zu können. Er empfand Freude darüber, nachzubedenken, zu vergleichen, und studierte nur umso eifriger. Hinzu kam, daß sein Verkehr ein sehr beschränkter und zuletzt fast ausschließlich politischen Zusammenkünften gewidmet war. Mit den Kollegen stand er ganz gut, solange er sich nicht ganz von ihnen absonderte. Da er aber verschiedene Male etwas angestunken ins Büro gekommen war, so nahm man an, er hat anderswo schon seine Gesellschaft und ließ ihn in Frieden. Soweit war alles klar, wenn nicht zum Teil alles wieder durch seine Heirat umgeschmissen worden wäre. Die Heirat war ein sehr schneller Entschluß, der wie eine Erleuchtung über ihn gekommen war und auch sofort ausgeführt wurde. Schwierigkeiten lagen nicht im Wege. Im Kreis mit den politischen Gleichgesinnten war ein junges Mädchen, das mehr die Versammlungen noch aufsuchte, weil ihr Liebhaber ein eifriges Mitglied gewesen war und die ganz sehr hoffte, diese Leute würden ihren Geliebten rächen, denn der war nach einem Strafenkampf von den Regierungstruppen ergriffen und an die Wand gestellt worden. Das Mädchen zog ihr besonders an, weil es so still und zugleich so fanatisch war. Sie schien ein Wesen, das Ruhe spendet und doch einen wider in die Welt stößt, beides brauchte Hans. Es war genug herumgetrieben, suchte einen festen Halt, wollte aber auch nicht sitzenbleiben. Anna brachte ein kleines Kind von einigen Monaten in die Ehe mit. Das war es, was den Entschluß der Heirat bei Hans erst recht in die Tat umsetzte. Er wollte nicht länger mit ansehen, wie sich Anna mit dem Wurm plagen mußte, um sich durchzuschlagen. Das Kind war noch von dem Gefallen und machte ihnen später noch mehr zu schaffen. Es wollte nicht recht gehen, und die Mutter war unglücklich. Nach drei Jahren voll zentlicher Harmonie bekamen sie ein zweites Kind, das sich kräftig entwickelte. Dieses Kind löste manche Klagen Unstimmigkeit und Enttäuschung, die in Hans ausgewachsen war, wieder aus.

(Fortsetzung folgt.)

# Breslauer Nachrichten

## Der Empfang beim Reichskanzler

Die Kommunisten sind nicht hoffähig. Nach der Erklärung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer sind die Kommunisten nicht nur von der Besprechung beim Reichskanzler, sondern auch von der Kundgebung in der Jahrhunderthalle ausgeschlossen.

Wir bedauern dies nicht, wissen wir doch, daß die entscheidenden Taten in jeder Beziehung das Proletariat zu sprechen hat. Wir bringen als Ergebnis der Aussprache eine Meldung der „Freien Meinung“:

„Am Freitag, vormittag 10 Uhr, fand im hiesigen Oberpräsidium Empfang beim Reichskanzler statt. Dabei entwickelte der Reichskanzler der Presse, den Vertretern der politischen Parteien und den anwesenden Reichstags- und Landtagsabgeordneten ein kurzes Programm zur oberösterreichischen Frage. Diese Ausführungen sind auch als Kernpunkte der Kanzlerrede in der Jahrhunderthalle aufzufassen. Dr. Wirth betonte, daß die oberösterreichische Frage, nicht wie ein Engländer meinte, eine lokale Angelegenheit, sondern mehr eine europäische Angelegenheit sei. Unter Umständen könnte Oberösterreich der Brandherd Europas für die nächsten 100 Jahre sein. Der Reichskanzler warnte aber auch, die oberösterreichische Frage gesondert von den übrigen deutschen Fragen zu betrachten. Die oberösterreichische Frage kann nur ein kleiner Teil der Gesamtpolitik Deutschlands sein. Dr. Wirth betonte, daß der Erfolg in der oberösterreichischen Frage nur von der nationalen Einheit abhängen könne. Wir sind unbedingt darauf angewiesen, dem Auslande das Bild einer staatlichen Einheit zu gewähren.“

Der Reichskanzler bedauerte, daß gewisse dunkle Bestrebungen, die allerdings von nicht ernsthaft zu nehmenden Politikern ausgingen, dem Ausland ein falsches Bild von Deutschland bieten. Demgegenüber betonte der Reichskanzler mit Nachdruck seinen Willen zu einer demokratischen, republikanischen und freiheitlichen Politik. Die Landfriedensstörer werden die gesamte demokratische Bevölkerung Deutschlands gegen sich haben. Dunkle Umtriebe, an deren Erfolg er übrigens nicht glauben könne, könnten unermesslichen Schaden über das deutsche Volk bringen. Der Reichskanzler gipfelte seine Erklärungen in einer Willenskundgebung für die Einheit der staatlichen und wirtschaftlichen Macht.

Bemerkenswert ist die im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers geäußerte Erklärung des Vorsitzenden des Landesverbandes Schlesiens der Deutschnationalen Volkspartei v. Gohlar, daß seine Partei jeden gewaltsamen Staatsumschwung ablehne. Als jedoch der Reichskanzler verkündete, daß er diese Erklärung in der Jahrhunderthalle der Öffentlichkeit übergeben wolle, erklärte Herr von Gohlar, daß er „nur seiner persönlichen Anschauung“ Ausdruck gegeben habe, „er glaube“ aber, damit auch die Ansicht seiner Partei zu vertreten.“

Wie der Erklärung des Herrn von Gohlar zu bewerten ist, wie die Drahtzieher der Deutschnationalen in Wirklichkeit arbeiten, geht aus folgendem hervor:

Am Mittwoch, dem 6. Juli, nachmittags 3 Uhr, fand im Landeshaus 1. Schl. im Hotel „Drei Raben“ eine Sitzung von leitenden Deutschnationalen, unter Vorsitz des Majors von Rothemann, im Beisein des Grafen Praschens Ratt. Zugewegen waren Vertreter der Großgrundbesitzer, der Industrie und der Hochfinanz. Man unterhielt sich darüber, wie man die aufgelöste Orgesch und den zurückstufenden oberösterreichischen Selbstschutz „zweckentsprechend“ verwenden könne. Die anwesenden Vertreter kamen zu dem Entschluß, den Heimatsverband verfassungstreuer Oberösterreicher wieder zu galvanisieren, und unter dieser harmlosen Decke den Selbstschutz in sogenannten Arbeitsgemeinschaften auf den großen Gütern zusammenzubringen.

Alle Verbündungen und Beteiligungen der Herren um Gohlar sind für die Kitz. Diese geschworenen Feinde aller Freiheit werden ihre Hochtätigkeiten nicht den schönen Augen des Herrn Dr. Wirth zuliebe aufgeben.

Wenn die „Freie Meinung“ begrüßt die Entschließung der Gewerkschaften, die arbeitslosen Selbstschützer in Brot und Arbeit zu bringen, so schließen wir uns diesem Wunsche an. Auch wir sind der Meinung, daß eine Sozialdemokratie gegen die von den Deutschnationalen verführten Proletariat zu nichts Gutem führt. Wir müssen aber verlangen, daß eine Besetzung von den schon monate- und jahrelang streikenden Arbeitslosen nicht stattfindet. Die Regierung soll Ernst machen, indem sie einen Druck auf die Unternehmer ausübt, damit die Arbeitslosigkeit wesentlich eingedämmt wird.

### Die Versammlung in der Jahrhunderthalle

Am Freitag nachmittag fand eine große Versammlung zu ganzer Öffentlichkeit statt, in der der Reichskanzler sprach.

Die Anhänger der Regierungsparteien und „S. R.“ engbenannte Opposition, die Deutschnationalen, hatten unter ihrer Beute die Karten verteilt.

Herr Wirth hielt eine Rede, die anfangs und endete mit dem Banne und dem Appell, alle Kräfte anzuspannen, damit das „deutsche Volk“ die Steuern und die ungeheure Schuldenlast aufbringen könne, damit das deutsche Reich wieder neu entstehen könne als ein Reich in dem herrscht Freiheit und Gerechtigkeit. In Demut und in gegenseitiger Liebe müssen alle Volksschichten ihren Teil tragen an den großen Opfern, die Deutschland auf Grund des verlorenen Krieges zu tragen habe.

Wie diese „Freiheit und Gerechtigkeit“ im neuen Deutschland aussieht, spürt das Proletariat täglich an den Greueln der weißen Justiz und an den Brutalitäten der Unterdrücker. Bei dem Zusammenarbeiten in Demut und Liebe verstreuen diese Herren das widerstandlose Tragen der größten Lasten durch das arbeitende Volk!

Deutsche Arbeiter! Erkennt diese Schamensklänge als das was sie sind, als die Eingangsconcerte zu einem Leben von Jammer und Elend, zu einer Zeit, wo ihr durch eure Arbeit, durch euren Schweiß weiterhin dazu beitragen sollt, den Kapitalisten und Kapitalisten ein possendes Leben zu ermöglichen. Rädet euch dieses Schamensklänge in „Liebe und Demut“ abzumessen.

### Eine Anfrage an die „Bodo“

Nach der Geschäftsstelle der Orgesch, Freiurger Straße 9, werden täglich Transporte von neuangeworbenen Selbstschützern abgeholt. Die Leute kommen nach Strahlen und warten auf der 1. Polnenschanze. Dafür bekommen sie 35 Mark pro Tag und freie Verpflegung.

In der 1. Kolonne werden täglich Reparaturen vorgenommen.

Was gebietet Herr Liebermann und Herr Egg dagegen zu tun? Sie gebieten nichts zu tun, wie uns am Telefon mitteilt wurde.

Der Arbeiter selbst muß diesen Treiben ein Ende machen.

## Gegen die Breslauer Fraktion

Unsere Fraktion hat im Landtage folgende kleine Anfrage gestellt:

„Die Nummer 145 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom 5. Juli d. Js. ist wiederum, angeblich wegen Aufreizung zum Klassenhaß, tatsächlich aber ohne jeden Grund, beschlagnahmt worden.“

Diese Beschlagnahme stellt sich also als eine Art Willkürmaßregel schlimmster Art dar.

Wie lange gedenkt das Staatsministerium diese empörende Vergewaltigung der kommunistischen Presse noch fortzusetzen?“

„Am Montag früh ist bei dem Bezirksvorstand unserer Partei Scholz in Breslau, im Auftrage der Staatsanwaltschaft Schweidnitz gehausucht worden. Angeblich, weil er der Einberufung der Metallarbeiter-Konferenz vom vorhergehenden Sonntag gewiesen ist.“

Billigt das Staatsministerium dieses Vorgehen? Seit wann zählt die Einberufung einer gewerkschaftlichen Konferenz zu den strafwürdigen Verbrechen?“

### Lebensmittelverteilung

Vom 14. bis 20. Juli: Oriz auf Lebensmittelmarke I. 9, Nahrungsmittelmarken 244 und Zulaß-Nahrungsmittelmarke 54 (für Mütter). Vom 18. bis 23. Juli: Amerikan. Weizenmehl auf Lebensmittelmarken I. 10.

Zur Beachtung! Gute Kalkereibutter zum Preise von 20 Mark für das Pfund wird in den Markthallen I (Ritterplatz), Stand 448, und II (Friedrichstraße), Stand 97 und 98, abgegeben. Zuckermarken dürfen vor Beginn des Gültigkeitsmonats, der jeder Marke aufgedruckt ist, keinesfalls beliebert werden. — Händler haben bei Zuwiderhandlungen die Entziehung des Zuckerschandels und Bestrafung zu gewärtigen.

Wir machen unsere Leser auf das Inferat der städt. Betriebsdeputation in Bezug auf die Wiederbenutzung der Münzgasmesse und des Verkaufs der diesbezüglichen Wertmarken aufmerksam.

## Aus der Provinz

### Zur Revierkonferenz in Waldenburg

Zu unserem Bericht in der Sonnabendnummer tragen wir noch folgendes nach:

Das Vertrauensvotum für die Bezirksleitung, das mit 130 gegen 48 Stimmen bei 17 Enthaltungen bei 195 Abstimmungsberechtigten kann man besser verstehen, wenn man weiß, daß die Delegierten in ihrer Mehrheit nicht gewählt sind, sondern „auf Grund des Statuts“ von den Ortsvorständen, die natürlich Knechte der Bezirksleitung sind, bestimmt wurden. Niemand gab zu, daß schwere Fehler gemacht seien von Seiten der Bezirksleitung. Fehler würden aber gemacht um zu lernen. Die Bergarbeiter werden lernen und werden nicht verfehlen, am Sonntag in den Mitgliebertreffen den „Landfremden Bonzen“, die zur Reinerwägung der Bezirksleitung aus aller Welt gekommen sind, die richtige Antwort zu geben.

## Gammelt für die „Rote Hilfe!“

Gottesberg. Am Mittwoch abend hielten die hiesigen Sozialisten eine Volksversammlung ab, die sich mit der Proletarierung und den neuen Steuern beschäftigten sollte. Wer da dachte, über die Ursachen und die Mittel zur Beseitigung etwas zu hören, kam nicht auf seine Rechnung. Nachdem die Rednerin in einem faden Geleier 1 1/2 Stunden über den Krieg und die Revolution gesprochen hatte, empfahl sie, man höre und laune, den Eintritt in die sozialdemokratische Partei. Sie hatte ja schon im Referat angegeben, daß es mit der Demokratie in Deutschland schlecht stehe. Man müsse aber sozial Stimmen zusammen bringen, daß die Kapitalisten Achtung bekommen. Der schwache Beifall zeigte auch, daß selbst die anwesenden Frauen nur zu einem kleinen Teil mit den Ausführungen einverstanden waren. — Von der kommunistischen Partei sprach Genosse Paul, der mit der Kriegspolitik der Sozialdemokraten ins Gericht ging, um dem die wirklichen Gründe der Teuerung und der Besetzung anzugeben. Er hatte erst einige Sätze gesprochen, als der organisierte sozialdemokratische Stempel einsetzte. Dies war umso widerlicher, als die Kommunisten beim Referat größte Aufmerksamkeit bewahrt hatten. Der Vorsitzende, der ja schon bekannte Stadtverordnetenratsherr Weyl, freute sich über den Reden wie ein kleines Kind und machte erst durch den Protest der Versammlung gezwungen werden, für Ruhe zu sorgen. Der Redner wies dann treffend nach, daß die Sozialdemokratie an der Beseitigung des Volkes durch ihre Regierungs- und Parlamentspolitik, ferner durch Parteibeschlüsse ganz besonders mitgeschuldig seien. Mit Säbeln an der Spitze, haben sie die verlogenen Parteien mit Millionen abgezogen und haben den Kapitalisten die Flucht in das Ausland ermöglicht. Es sei nur an die Millionen vom „Genossen“ Barons-Felsch erinnert. Millionen hat man dem Militarismus, dem Koscheks gespart. Für die Kriegstrümpel, die Hungerkliebenen, für die Arbeitslosen hat man nur blasse Söhne.

Da sich die Rednerin über die Hauptfrage ausgeprochen hatte, machte unser Genosse ausführlich die auf Grund des Ultimatus kommenden direkten und indirekten Steuern bekannt. Er schloß die Reden des besonders auf Betreiben der Sozialdemokraten eingeführten 10prozentigen Lohnabzugs. Die unbedingte Annahme des Ultimatus und der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung Wirth bedeute die Ausbeutung des Volkes unter sozialdemokratischer Aufsicht.

Die Arbeiterzeitung muß, wenn sie nicht untergehen will, wenn sie nicht das Proletariat will wie das Proletariat in Österreich und Polen, den Kampf aufnehmen. Mit Reformen ist heute nichts mehr getan. Es geht den Kampf gegen das kapitalistische System, zur Ausräumung der sozialistischen Bedrohungsfront. Die Führerin in diesem Kampfe ist die KPD. Dieser Partei muß sich das arbeitende Volk in keiner Weise anschließen und dann werde es folgen.

Der hässliche Beifall, den die Versammlung unserem Redner spendete, zeigte, daß alle demagogischen Kräfte der Sozialdemokratie nichts genutzt haben. Ein anderer Disziplinierungsbericht wegen einer feigen Schandlung während des Streiks aus der

KPD, ausgeschlossen wurde, wollte sich bei den SPD-Deutschen wieder anbieten, mußte aber unter großem Hasso abtreten.

Wenn man glaubte, daß die hochgebildete Parteiführerin aus Breslau in ihrem Schlußwort auf die Vorwürfe unseres Genossen eingehen würde, sah sich schwer enttäuscht. Sie erzählte Räubergeschichten aus Rußland und versuchte den Streit zwischen Lepp und der KPD auszusprechen.

Die Versammlungsteilnehmer hatten die Illu und Weyl in ihrer wahren Gestalt erkannt und erhoben sich gelangweilt von ihren Plätzen. Auch in Gottesberg schwammen den betrübten sozialdemokratischen Loggerbern die Felle davon. Sorgen wtr, daß sie an der richtigen Stelle landen.

## Vermischtes

### Der Genosse

Der Zug fuhr durch die Nacht. Da schaute alles im Kupee nach rechts; eine Stadt brannte. Aber es waren Hochöfen, die den nächtlichen Himmel in rote Glut verwandelten. Wie ein Höllenmaul war es. Da begann ein häßlicher Mann zu predigen: „Es wäre ganz in Ordnung, wenn die, die in dieser Glut arbeiten, besser bezahlt würden als irgendwer sonst. Aber jeder Professor, jeder Ministerialdirektor bekommt mehr als die Höllearbeiter. Man glaubt schon alles gesagt zu haben, wenn man beweist, daß sie gut bezahlt sind. Aber ginge es recht zu, müßten diese Leute die besten Betten, die bequemsten Gartenstühle und die meiste freie Zeit haben. Aber das wird schon noch kommen.“

Einer bemerkte: „Aber wenn sie, wie Sie wünschen, bezahlt würden, arbeiteten sie bald nicht mehr. Würden ihrerseits Rentiers, täten den ganzen Tag nichts, während sich wieder andere Finger und Gesicht verbrennten.“

Der häßliche Apostel jagte: „Mehr bezahlt als die anderen, damit wollte ich nicht sagen, daß sie zu arbeiten aufhören sollten. Ich meine nur, mit drei Tagen Arbeit könnten sie eine Woche lang leben. Im Zukunftsstaat wird es keine anderen Reiche als solche geben.“

„Aber“, sagte ein anderer, „man muß doch gerechtere Weise nicht bloß die Müdigkeit der Arme und Deine beachten. Das Gehirn arbeitet doch auch, ermüdet auch. Bevor der Mathematiker eine brauchbare Formel findet, probiert er schafflose Wochen; und der Erfinder ebenso. Unter deren Schädelbede gibt es auch glühende Hochöfen. Denken ist eine harte Arbeit, verehrter Genosse!“

„Darüber“, sagte der Häßliche, „weiß ich zwei gute Sachen. Einmal kann man in dieser geistigen Arbeit leicht schwindeln. Da sagt einer, daß er erfindet, und in der Tat schwächt er nur. Ein anderer hält sich den Kopf, als ob er vor Denken plagen müßte, und er denkt absolut an gar nichts. Wir haben heute fabelhaft viel solcher Denker, daß Geschäft muß also nicht schlecht sein. Und jetzt das andere: Denken ist ein Vergnügen. Die Erfinder vergessen oft Essen und Trinken, weil sie den wahren Reichtum besitzen, als wirkliche Könige dieser Welt. Mehr als ihnen zukommt, werden sie Vergnügen und Macht besitzen. Ihre heutige Gerechtigkeit gibt ihnen Kranz und Preis als Sieger. Aber wir, wir von der Zukunft, wir werden Kranz und Preis den Besiegten geben.“

Das Rot war vom Himmel wieder verschwunden und bald schloß das ganze Kupee. Main.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soc., Berlin, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S 14.

### Liebich - Theater

7 1/2

„Der verjüngte Adolar“

Musik von Kollo mit Henry Bender

### Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr: Einziges Sommerpartee in Breslau.

### Alt-Metalle

kauft OTTO, Koblenstr. 8

### M. K.

### Matthias-Kino

Matthiasstr. 38 u. Moltkestr. 9.

### Joshivara, Die Liebesstadt der Japaner

5 Akte

### Der Cowboy-Milliardär

Amerikanischer Sensationsfilm in 5 Akten

### Wiederbetriebnahme der Münzgasmesser.

Nachdem ein Teil der früheren Münzgasmesser für das jetzt zur Einführung gelangende Wertmünzensystem umgebaut ist, soll am 15. Juli mit der Schließung der Geldbehälter dieser Gasmesser begonnen werden. In Frage kommt zunächst die innere Stadt, sodann die Scheitinger und ein Teil der Oberstadt. Nach der Schließung geben die Messer nur gegen Einwurf einer Wertmünze Gas ab und zwar einen Kubikmeter — 1000 Liter. Diese auf einen Kubikmeter Gas lautenden Münzen werden für den jeweils geltenden Einheitspreis in den Warenlagern des Breslauer Konsumvereins, des Konsumvereins Sormwitz und in den sonst noch durch Ausgang kenntlich gemachten Verkaufsstellen ausgegeben. Der gegenwärtige Kubikmeter-Preis beträgt 1,55 Mk. Eine Verpflichtung zur Entnahme anderer Waren beim Einkauf von Wertmünzen besteht nicht. Wir legen den beteiligten Gasentnehmern besonders nahe, sich rechtzeitig mit Wertmünzen zu versehen, da sie sonst bei Schließung der Messer vorübergehend ohne Gas ein würden.

### Kaufleute und Gewerbetreibende,

die den Verkauf von Wertmünzen übernehmen wollen, können Bestellungen schriftlich, mündlich oder auch durch Fernsprecher, Mag. 156, bei der Kasse der Betriebswerke, Pflanztag 3, aufgeben. Lieferung der Münzen erfolgt nur in ganzen Rollen zu je 50 Stück gegen sofortige, bei Uebergabe der Münzen zu leistende Barzahlung des jeweiligen Wertes oder nach vorheriger Ueberweisung des Betrages auf das Reichsbankgironkonto oder das Postsparkonto 6461 der genannten Kasse. Die Münzen werden den Bestellern nach ihren Geschäftsräumen kostenfrei zugestellt, können aber auch in der Kasse von 8 bis 3 Uhr abgeholt werden. Eine Abgabe von Münzen in einzelnen Stückchen findet in der genannten Kasse nicht statt. Die Verkaufsstellen sind nicht berechtigt, die Abgabe der Wertmünzen von dem Kauf ihrer eigenen Erzeugnisse abhängig zu machen.

Städtische Betriebsdeputation.